

Geschäftszahlen:  
BMEUV: 2022-0.723.304  
BKA: 2022-0.021.238  
BMKÖS: 2022-0.794.950

**36/12**

Zur Veröffentlichung bestimmt

## Vortrag an den Ministerrat

### Förderung jüdischen Lebens in Österreich

Die Novemberpogrome in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 markierten auch auf österreichischem Gebiet im Deutschen Reich die tragische Wende, nach der die zuvor bereits stark diskriminierten und bedrohten Jüdinnen und Juden systematisch vertrieben und verfolgt wurden. Die Pogrome bedeuteten den Übergang zur systematischen Vertreibung, eine Entwicklung, die später zum Holocaust führte – der geplanten systematischen Ermordung aller europäischen Jüdinnen und Juden.

Auch 77 Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Deutschen Reichs ist Antisemitismus keineswegs aus der Gesellschaft verschwunden. Der in den letzten Jahren tendenziell erfolgte Anstieg gemeldeter antisemitischer Vorfälle und die nicht nur österreichweit, sondern auch international wahrnehmbare weite Verbreitung von judenfeindlichen Verschwörungsmmythen und Hassreden, insbesondere in der virtuellen, aber auch in der realen Welt, zeigen deutlich, dass Judenfeindlichkeit und Antisemitismus selbst 84 Jahre nach dieser verhängnisvollen Nacht bei weitem nicht aus unserer Gesellschaft verbannt sind. Die jüdischen Gemeinden in Österreich, aber auch europaweit sind in den letzten Jahren vermehrt unter Druck geraten.

Bereits während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 wurden von Österreich Schritte gesetzt, um die Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus auf Ebene der Europäischen Union stärker zu thematisieren. Dadurch konnte erstmals im Rat der Europäischen Union eine Erklärung zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischer Einrichtungen angenommen werden. Daraus ist der Auftrag an die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ergangen, gesamtheitliche Strategien zur Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus zu entwickeln und

anzunehmen. Österreich ist diesem Auftrag als einer der ersten EU-Mitgliedstaaten nachgekommen.

Mit der Implementierung der im Jänner 2021 vorgestellten Nationalen Strategie gegen Antisemitismus (kurz: NAS) wurde seitens der Bundesregierung bereits der Politikrahmen für konkrete Maßnahmen geschaffen, um jüdisches Leben in Österreich nachhaltig zu sichern und zu fördern. Die im Februar 2021 erfolgte einstimmige Annahme des Bundesgesetzes über die Absicherung des österreichisch-jüdischen Kulturerbes (Österreichisch-Jüdisches Kulturerbe-gesetz, ÖJKG) durch den Nationalrat, war ebenfalls ein historischer Meilenstein. Das ÖJKG ist zudem ein wichtiger Bestandteil der NAS, das den Schutz jüdischer Einrichtungen, die Erhaltung und Pflege des gemeinsamen österreichisch-jüdischen Kulturerbes sowie die Aufrechterhaltung des jüdischen Gemeindelebens in Österreich zum Ziel hat. In Umsetzung des ÖJKG leistet der Bund seit 2021 der Israelitischen Religionsgesellschaft jährlich eine Zuwendung in Höhe von vier Millionen Euro. Diese Zuwendung seitens des Bundes betrug rückwirkend für das erste Jahr ihres Bestehens, 2020, fünf Millionen Euro. Ferner dient die NAS der Förderung von Projekten und Initiativen des gesellschaftlichen Austausches und des Zusammenhaltes.

Um Antisemitismus wirksam vorbeugen und bekämpfen zu können, bedarf es zusätzlicher Initiativen, die das Bewusstsein innerhalb der Gesellschaft erhöhen und nicht nur ein friedliches Nebeneinander, sondern vielmehr ein gemeinsames Miteinander jüdischer und nichtjüdischer Menschen ermöglichen.

Einige dieser Initiativen, wie beispielsweise die Einweihung der Shoah Namensmauern Gedenkstätte am 9. November 2021 in Wien, leisten einen wichtigen Beitrag zur Erinnerung an und zur Aufklärung über den Holocaust.

Die Einrichtung eines Nationalen Forums gegen Antisemitismus oder die Etablierung und Leitung der *European Conference on Antisemitism*, dienen dem gegenseitigen Austausch zwischen Akteurinnen und Akteuren im Bereich der Antisemitismusbekämpfung und fördern so die Entwicklung und Umsetzung von geeigneten Maßnahmen und entsprechenden Best-Practice Beispielen in Österreich und auf Ebene der Europäischen Union.

Auch im Bildungsbereich werden Schwerpunkte auf den Abbau von negativen Stereotypen gesetzt, denn Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das den europäischen Grundwerten widerspricht und umfassend bekämpft werden muss.

Jüdisches Leben gehört zu Österreich. Die jüdischen Gemeinden sind ein lebendiger und fester Bestandteil der österreichischen Gesellschaft. Die Bundesregierung bekennt sich zur Förderung jüdischen Lebens und bekräftigt, sich weiterhin mit voller Kraft dafür einzusetzen.

Wir stellen daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

9. November 2022

Karl Nehammer, MSc  
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler  
Vizekanzler

Mag. Karoline Edtstadler  
Bundesministerin